

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Anstellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W 57
 Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmar)
 Schriftrediger Amé Lüdem Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
 sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags. Preis pro
 vierzehntägig durch die Post (ohne Beistellgeb.) 2 Mk.
 Bezahlungsnr. Nr. 3164

Die Gewerkschaften Deutschlands während der Kriegszeit.

Von Karl Legien.^{*)}

Wie die Arbeiterorganisationen in allen Ländern, so wurden auch die Gewerkschaften Deutschlands von dem furchtbaren Unglück des Weltkrieges völlig überrollt. In den letzten Tagen vor Kriegsausbruch veranstalteten die organisierten Arbeiter Deutschlands noch grosse Kundgebungen für die Erhaltung des Friedens. Ihr Einfluss war nicht stark genug, um die Arbeiterklasse und die Nationen vor dem schrecklichen Weltbrand, dessen Zeugen wir jetzt fast sechs Monaten sind, zu bewahren. Andere Faktoren trafen die Entscheidung. Die Arbeiterstadt stand vor einer vollendeten Katastrophe. Als der Deutsche Reichstag am 4. August 1914 zusammenrat, waren die Kriegsheere an den Grenzen bereits auseinandergestoßen.

Die Befürchtung, daß mit der Erklärung des Kriegszustandes die Arbeiterorganisationen aufgelöst, ihre Presse und die Versammlungen verboten werden würden, erfüllte sich erfreulicherweise nicht. Die Gewerkschaften hatten ihrerseits in einer Konferenz am 2. August 1914 Vorsorge für einen solchen Fall getroffen. Das Gegenteil von dem, was zu erwarten stand, trat ein, und gegenwärtig ist wohl kaum mehr zu befürchten, daß eine Störung der gewerkschaftlichen Organisationsarbeit eintreten könnte.

Nicht, daß die Gewerkschaften ihre Anschauungen und Tendenzen geändert hätten. Sie sind ihren Grundsätzen treu geblieben; sie haben auch während der Kriegszeit sich den gleichen Aufgaben gewidmet, die sie während der Zeit des Friedens unter den Nationen zu erfüllen suchten. Sicherung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse, Hilfsleistung für die in Not befindlichen Mitglieder.

Eine Entscheidung in allgemein politischen Fragen steht den Gewerkschaften in Deutschland nicht zu. Diese ist von der sozialdemokratischen Partei zu treffen, der, wie bekannt, der größte Teil der Gewerkschaftsmitglieder angehört. Eine Stellungnahme seitens der gewerkschaftlichen Organisationen zu der Frage der Bewilligung der Kriegsfredite und der von der überwiegenden Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages während der Kriegszeit verfolgten Taktik hat nicht stattgefunden. Die Gewerkschaftspresse kann selbstverständlich diese Dinge nicht stillschweigend übergehen. Von einer kaum in Betracht kommenden Ausnahme abgesehen,

billigt die Gewerkschaftspresse Deutschlands das Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion in der Frage der Kriegsfredite. Hierbei läßt sich die Presse der Gewerkschaften von dem Gedanken leiten, daß an der Tatsache des Weltkrieges nichts zu ändern ist. Obgleich wir international sind und es bleiben werden, trotz allem, was sich in den letzten Monaten ereignet hat, so ist eine leistungsfähige internationale Organisation nur möglich, wenn die nationalen Organisationen stark und kräftig entwickelt sind. Die Entwicklungsmöglichkeiten hierfür zu schaffen, kann nicht Aufgabe anderer Nationen sein, sondern sie ist nur durch die Arbeiterklasse des eigenen Landes zu erreichen. Eine Niederlage Deutschlands in dem gegenwärtigen Kriegskrieg würde diese Entwicklungsmöglichkeit stark herabminderen; deswegen muß die Arbeiterklasse in Deutschland eine solche Niederlage zu verhindern suchen.

Das Recht, welches die organisierten Arbeiter Deutschlands für sich in Anspruch nehmen, gestehen sie selbstverständlich auch den Arbeitern aller anderen Länder zu. Wenn die Gewerkschaftspresse in Deutschland sich gegen Handlungen und Auseinandersetzungen der Gewerkschaften und der Arbeiterpresse in anderen Ländern gewandt hat, so nur dann, wenn diese entweder darauf hinausgingen, als wäre die deutsche Arbeiterklasse seit Ausbruch des Krieges der tiefsten Barbarei verfallen, oder wenn der Wunsch und Wille zum Ausdruck gekommen war, Deutschland so niederzuwerfen, daß sein Handel und sein Wirtschaftsleben völlig vernichtet wird. Ein auch nur annähernd ähnlicher Gedanke ist in der Arbeiterpresse Deutschlands gegenüber einer anderen Nation nicht vertreten worden. Schlimm genug, daß unsere Arbeitsgenossen sich mit der Waffe in der Hand im Felde gegenüberstehen müssen; furchtbar der Gedanke, daß viele, die ihr Bestes eingesetzt haben, um die Arbeiterklasse international zu vereinigen, auf den Schlachtfeldern verbluten. An diesem Verhängnis sollten wir uns genügen lassen. Darüber hinausgehend den Schein zu erwecken, als müßte ein unauslöschlicher Hass die Nationen dauernd trennen, kann nicht zum Guten führen. Wir werden nach dem Kriege genau so aufeinander angewiesen sein, als wir es früher waren. Dieser Gedankengang kommt in den Artikeln der Gewerkschaftsblätter, die sich mit der Stellung der Arbeiterschaft zum Kriege beschäftigen, zum Ausdruck.

In den Gewerkschaften selbst wird diese Auffassung geteilt; denn zu irgendwelchen Auseinandersetzungen über die Frage ist es nicht gekommen. Unsere Organisationen sehen ihre erste Aufgabe in der Hilfsleistung gegen die Not, die unvermeidlich infolge des Krieges bei weiten Schichten der Arbeiterbevölkerung eintreten mußte. Glücklicherweise ist nicht eingetreten, was von vielen Vertretern der Gewerkschaften befürchtet wurde. Das Wirtschaftsleben Deutschlands ist nicht zusammengebrochen. Sein Zusammenbruch hätte folgerichtig auch eine völlige Desorganisation der gewerkschaftlichen Or-

^{*)} Diese der „Internationalen Korrespondenz“ entnommenen Ausführungen Legiens geben einen trefflichen Überblick der inneren und äußeren Beurteilung des deutschen Gewerkschaftslebens in der Kriegszeit. Sie atmen in ihrer ruhigen Sachlichkeit so recht den Geist, der in der organisierten Arbeiterschaft bei uns vorherrscht. Mögen sie auch im Auslande (wohin sie hauptsächlich gerichtet sind) ihre Wirkung nicht versetzen und ein Gegengewicht bilden gegenüber den unverantwortlichen „Berichterstaltern“ aus Deutschland, die seit Kriegsausbruch in der ausländischen Arbeiterpresse ihr organisatorisch dämmiges Wesen treiben. D. Red.

ganisationen gebracht. Die Arbeiter der Exportindustrie sind in den ersten Kriegswochen schwer betroffen worden. Eine lange Durst veranlaßte die meisten Unternehmer, die Betriebe zu schließen. Die Gewerkschaften in diesen Industrien gründeten vor der Gefahr, durch die Unterstützung der Arbeitslosen in kurzer Zeit vollständig bankrott zu werden, Sie und gleichzeitig die meisten anderen Gewerkschaften, haben sich genötigt, einen Teil der statutarischen Unterstützungsmaßnahmen einzubehalten und die ganze Anfangskraft für die Unterstützung der Arbeitslosen einzusetzen. Um diese möglichst lange ausdehnen zu können, wurden die Unterstützungsfaße bei vielen Organisationen vermindernd. Andere wieder gewährten den Frauen der Mitglieder, die zum Kriegsdienst eingezogen wurden, eine Unterstützung, obgleich diese, wie leicht erklärlich, nach dem Statut nicht vorgesehen war. Die am härtesten betroffenen Gewerkschaften erhielten während einiger Wochen von der Beamtinheit der Organisationen eine Periode, so daß sie ihre Tätigkeit fortsetzen konnten. Die Ausgaben, welche die Gewerkschaften für Unterstützungen während der Kriegszeit hatten, will ich hier nicht angeben um nicht den Zweck zu erwecken, als sollten die hohen Summen nach außen hin wirken. Wer die Zahlen kennen lernen will, findet sie in den Gewerkschaftspreise Deutschlands in den Berichten über den Stand der Organisationen.

Zu verhältnismäßig kurzer Zeit begann das Wirtschaftsleben Deutschlands sich wieder zu heben und dementsprechend die Arbeitslosigkeit sich zu verringern. Die erstaunend hohe Arbeitslosigkeit der Gewerkschaftsmitglieder in den ersten Kriegswochen ging erheblich zurück. Anfang September waren 21,2, am 31. Oktober 1914 nur 10,7 Proz. der Gewerkschafts-

mitglieder arbeitslos. Nach der amtlichen Statistik waren in November 1914 in den Gewerkschaften 8,3 Proz. Arbeitslose. Eine neue Erhebung von Gewerkschaftsseite wird erst Ende Januar erfolgen. Allerdings ist bei Beurteilung dieser Zahlen zu berücksichtigen, daß bis zum 31. Oktober 1914 insgesamt 661 000 Gewerkschaftsmitglieder zum Kriegsdienst einzogen waren. Weltweit hat sich die Zahl noch wesentlich erhöht. Könnte von den Mitgliedern der Gewerkschaften somit während der Kriegszeit die schlimmste Not ferngehalten werden, so sah es bei den Unorganisierten recht traurig aus. Dem fortgesetzten Drängen der Gewerkschaften ist es zu danken, daß auch für diese durch viele Gemeinden Fürsorge getroffen worden ist. Was vor noch nicht langer Zeit in Deutschland als völlig unmöglich galt, hat sich in wenigen Wochen als leicht durchführbar erwiesen. Auch andere soziale Maßnahmen, die jahrelang von den Gewerkschaften vergeblich gefordert wurden, sind getroffen worden. Zu ihrer Durchführung sind die Gewerkschaften von der Regierung herangezogen worden und sie haben bereitwillig ihre Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit gestellt. Vor wenigen Monaten noch wurden unsere Organisationen von den Unternehmen und von Seiten der Regierung als ein Hindernis im Wirtschaftsleben angesehen und behandelt. Heute weiß man den Wert dieser Vereinigungen zu schätzen.

Allerdings wir hätten schließlich gewünscht, daß diese Anerkennung aus anderen Gründen erfolgt wäre als es geschehen. Kommen wäre sie trotz aller Widerstände. Die unzureichenden Erfahrungen mit dem Leben und Kulturaufbau lassen nur schwer eine Bemerkung, viel weniger noch Freude an dem sozialen Fortschritt, der sich in Deutschland vollzogen hat, ankommen.

Die 2. Kriegstagung des preußischen Abgeordnetenhauses.

Die überaus heftigen Kämpfe im preußischen Abgeordnetenhaus, wie sie von den Vertretern der Arbeiterschaft in den letzten Jahren geführt werden müssen, sind über dem Kriegslärm verstummt. Alle Erörterungen über innere Politik schweigen während des "Vergleichs" oder sind auf ein notwendiges Abwehrenminimum beschränkt. Nach dem Kriege wird freilich um so heißer gekämpft werden für unsere Forderungen: **freies Wahlrecht in Preußen! Fort mit allen polizeilichen Reformen!** Im freien Staat freie Arbeiter!

Wir wissen uns dabei fern von allen Illusionen und erworten deshalb auch nicht die glotte Durchsetzung unserer programmatischen Forderungen nach dem Kriege. Die politischen Gegenseite haben ihren Untergrund in den wirtschaftlichen Interessengruppen, die nach dem Kriege sich eher in verstärktem Maße bemerkbar machen müssen. Zumindest kann der Kampf nach diesem Kriege von den herrschenden Mächten wohl etwas sanfter geführt werden. Insbesondere hätte die Regierung alles Interesse daran, sich nicht wieder in so einseitiger Weise von bürgerlichen Kapitalistengruppen ins Schleudern nehmen zu lassen, wie das vielfach vor dem Kriege der Fall war.

Das jetzt so viel geprägte „Unternehmen“ hätte in der gegenwärtigen Situation beständige Kraft haben können, wenn Regierung und bürgerliche Parteien bei dieser zweiten Kriegstagung sich bereit gefunden hätten, die unzweideutige Erklärung abzugeben, eine Reform des preußischen Wahlrechts werde die erste Friedensstatte sein! Da wäre nicht nur die jetzt so viel angegriffene Erklärung unserer Landtagsfraktion geahndetlos geworden, sondern der Verteidigungsarmee unseres Vaterlandes wäre sicher ein Kraftimpuls daraus erwachsen. Und auch die vielseitige Friedensarbeit, die jetzt geleistet werden muss im Interesse unserer erfolgreichen Verteidigung, könnte einen Erfolg bringen von unübertreffbarer Größe.

Es ist nichts dergleichen geübt, es sei deutl., man nimmt die immerhin sympathischen Ausführungen des Finanzministers Dr. Venze dafür an, der zum Etat am Zahltag bemerkte:

England darf uns nicht auszuharren und zu einem Frieden zwingen, den es mit seinen Waffen sonst niemals erzwingen könnte. Dieses unvermeidbare Ziel muß einen jeden über alle Schwierigkeiten, Hürden und Unbegreiflichkeit hinwegsetzen, die mit der Beibehaltung des Krieges u. d. mit der Postversorgung verbunden sein werden. Die Wunde und Verhärtung des einzelnen müssen dabei zurücktreten. Hier handelt es sich nicht um den einzelnen, sondern um das Vaterland! Was kommt es schließlich auf den einzelnen an, wenn nur das Vaterland unversehrt aus dem Kriege hervorgeht. Der sinnende Ausbildungsplan muß bereitstehen. Wie wollen den Krieg durchführen und können ihn durchführen? Da unser Wirtschaftsleben fast ganz entwirkt hat und unsere treiflichen Truppen von unerschöpflichem Mut erfüllt sind, dürfen wir auch die Hoffnung haben, daß wir den Feind niederschlagen und unser altes preußisches Vaterland und unser Deutsches Reich unversehrt erhalten als Sitz der Bildung und Kultur, der Pflichterfüllung und treuer Arbeit. Dester und unerschöpflicher denn je wird unser Vaterland hoffentlich aus diesem Kampfe hervorgehen, und wenn dann, wie ich mit Zuversicht hoffe, zu gleicher Zeit auch die inneren Gegensätze durch das gemeinsame vergessene Blut ihre Schärfe verlieren, dann werden wir trotz aller Niederlage an Gut und Nutzen doch noch einen großen Gewinn davon haben."

Einem Antrag des Monarchisten v. Papenheim, den Etat ohne Debatte an die Budgetkommission zu verweisen, wurde nicht stattgegeben. Genoss Dr. Dixiab im Namen der sozialdemokratischen Fraktion folgende Erklärung ab:

Die sozialdemokratische Fraktion hält ihren ernsthaftesten Standpunkt gegenüber der bisherigen Regierung: positiv, die in allen wesentlichen Grundzügen unverändert bleibt, ist aufrecht; sie verzichtet jedoch in dieser ersten Zeit in der ersten Legislatur des Etats auf Erörterungen parteidemokratischer Natur. Die vielfachen Wünsche und Bedürfnisse zum Teil sehr dringender Art, die sie auch in diesem Jahre wieder zu führen

der wird sie im weiteren Verlauf der Staatsberatung zur Sprache bringen. Besonders wird sie auf Abstellung der zahlreichen Maßnahmen, die sich auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge, der Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln, auf dem Felde der Sozialpolitik und in bezug auf die Unterbindung der freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift unter dem Belagerungs-standort präsentieren.

Die sozialdemokratische Fraktion kann es aber nicht unterlassen, schon heute und von dieser Stelle aus in der entschiedensten Weise dem Verlangen Ausdruck zu geben, daß die Regierung aus der durch den Krieg geschaffenen Situation die von den breiten Massen geforderten unumgänglichen innerpolitischen Veränderungen sieht. Wir fordern auf das bestimmteste vor allem eine Umkehr der Regierung in ihrer Politik gegenüber der Arbeiterschaft. Wir verlangen, daß dem Polizeikampf gegen die Arbeiterbewegung im allgemeinen, dem Kampf gegen die Sozialdemokratie, gegen die Gewerkschaften und gegen die freie Jugend bewegung ein Ende gemacht wird. Gegen die politische Unterdrückung nationaler Minderheiten, wie sie in der Tannen- und Pionierpolitik ihren Ausdruck findet, erheben wir nach wie vor jahrelang Widerstand.

Die Grundlage aller politischen Reformen aber muß die Einführung des allgemeinen, freien, geheimen und direkten Wahlrechts bilden. An der Spange vom 22. Oktober v. J. haben wir unter Bedenken ausgefordert, daß nicht einmal in diesen Tagen, da das ganze Volk und vor allem die breiten Massen der Bevölkerung die schweren Opfer an Gut und Blut bringen, die Regierung ihre Pflicht erfüllt hat, das Rechtswesen so schnell durch das allgemeine geheime und direkte Wahlrecht zu erneuern, das vom Volke festlangen in unvermeidbarer Weise gefordert wird. Die Regierung hat den 22. Oktober vorübergehen lassen, ohne auch nur ein Wort des Entgegenkommens zu sprechen. Zugewichen sind mehr als drei weitere Monate der schweren Opfer des geforderten Volkes bestanden, der dringend erforderliche Wahlrechtsreform entworf in nicht vorbereitet, ja nicht einmal angedeutet worden. Was so mehr müssen wir fordern, daß die Regierung wenigstens in der gegenwärtigen Tagung diese wichtigste aller innerpolitischen Aufgaben erfüllt.

Vom 22. Oktober v. J. sprachen wir die Hoffnung und den letzten Wunsch aus, daß der entstehende Krieg, in dem ich die Volke erschüttern, ein baldiges Ende finden möge. Diese Hoffnung hat sich zu unserer Freude noch nicht erfüllt. Wir wissen aber, daß dieser Krieg in seinem der beteiligten Völker vom Volke gewollt ist; daß seine Beendigung überall vom Volke erfüllt wird. Wir beachten die Zweiheit, daß die Friedensnimmenden in allen Friedfertigen Ländern von Tag zu Tag zahlreicher werden, sich bei den mächtigsten Stellen Geltung verschaffen und doch unter dem Einfluß des Friedenswillens, insbesondere der Arbeiterschaft aller Völker, ein baldiger geforderter Friede, der die deutschen Volkes und der gesamten Menschheit am Ende kommen möge.

Zur Hebungserung des Staats und der mit ihm in Verbindung stehenden Gesetzentwürfe an die beratliche Budgetkommision waren wir auf.

Diese „Resolution“ ist auch in der Partei v. Preußen zum Zeitpunkt angegriffen worden wegen ihres taftischen Unterganges. Dabei wurde bekannt, daß sie in dieser Form an einem (?) Faden hing. Es bleibt abzuwarten, ob

sich aus diesem Vorzeichen politische Erfahrungen für die Arbeiterschaft entwickeln.

Zum Namen aller übrigen Fraktionen antwortete Herr v. Heydebrand. Der Führer der Konservativen meinte, daß der jetzige Augenblick zur Vorbringung von Klagen und Wünschen nicht geeignet sei, sondern daß es in diesem Augenblick darum ankomme, von der Geschlossenheit und Einigkeit des Volkes zu sprechen. Er schloß seine Rede mit den Worten:

„Auch wir wissen den Frieden zu schätzen, aber es handelt sich nicht um den baldigen, sondern um einen dauernden Frieden, der die Freiheit dieser gewaltigen Kämpfe für unser Vaterland sichert. Jetzt handelt es sich um Kampf und Sieg, was später kommt, ist eine andere Frage!“

Damit ist die Debatte von den bürgerlichen Parteien bis nach Friedensschluß verschoben.

Doch sich im ganzen bürgerlichen Lager kein einziger gefunden hat, der schon aus taftischen Gründen der sozialdemokratischen Erklärung die Spitze abzubrechen möchte durch die unzweidelige Bekundung: „Nach dem Kriege muß in Preußen anders regiert werden“ bleibt trotz alledem bezeichnend. Wenn es sich bei den sozialdemokratischen Forderungen um „Mleinigkeiten“ handelte, wie Herr v. Heydebrand mit einer aberglaublichen Händbewegung die Sache abtun wollte, nun, dann hätte man doch erst recht Veranlassung, dieser „Mleinigkeit“ vielleicht in anderer Form seine Sympathien zu bezeugen!

Denn darüber kann es keinen Streit geben: Die ungeheure Kraftanspannung, die notwendig ist auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet, um zum Sieg zu gelangen, wäre ganz gewaltig gesteigert und beliebt worden durch irgendein Zugeständnis aus diesem Gebiet der „Mleinigkeiten“.

Vor allem aber hätte die preußische Regierung jetzt alle Verantwortung, ein entscheidendes Wort zu sagen.

Was in den niedersächsischen Landesparlamenten gang und gäbe ist, sollte in Preußen nicht möglich sein? Gest. da so viel von Volkeinheit geredet wird, sollte auch die Volfsfreiheit dabei nicht zu kurz kommen. Wir wissen, daß Widerstände schwerster Art zu überwinden sind. Deswegen hätte die Regierung gerade in der jetzigen Situation gut getan, auch den phantastischen Darstellungen des Auslandes über die „preußische Unfreiheit“ einen Kämpfer aufzusetzen. Die Sympathie der „Zentralen“ für die Westmächte (England, Frankreich) ist nicht zuletzt bestimmt worden durch die größeren politisch-parlamentarischen Freiheiten dieser Völker.

Die Beratungen des preußischen Abgeordnetenhauses werden mit der zweiten und dritten Sitzung des Staats fortgesetzt, während vorerst die Budgetkommision tagt. Es ist noch nicht zu spät, wenn die Regierung die für sie günstige Situation erkennt und zu den ungeborenen Opfern des Volkes ein Gegenstück bieten würde!

Unser Verband am Schlusse des 6. Kriegsmonats.

(Nach dem Stand vom 31. Januar 1916.)

Der in unseren Fällen von Aussonderungen in Erziehung getroffene Entwicklungszustand des Mittelstandes hat auch im vergangenen Monat angehalten. Von Monat zu Monat ist die Mitgliederzahl fortwährend um 500 gestiegen. Der Anfang im Januar beträgt wiederum 517. Davon sind 508 zum Heereidienten übernommen, 9 erfüllter auf „sonstigen“ Verlust. Wie hoffen, daß letzteres bald ganz aufhort und überall wieder zunähmen zu verzeichnen sind. Die Zahl der gesuchten zum Heereidienten eingesetzten Mitglieder ist nunmehr auf 16.502 gestiegen; darunter befinden sich auch noch alte Zweckverwandten und Sozialisten. „In der nächsten Zukunft wird es für die Gefallenen eine besondere Ruhm erzielen werden.“ Bei den Angehörigen der Erwachsenen ist die Zahl der Toten um 415 und die der Kinder um 101 abgerückt. Die Einheitszahl der Angehörigen beträgt nun 12.909 Personen und 2491 Mitglieder, gesammt 37.540 Personen.

Die arbeitslosen Mitglieder haben um 100, die Unterstützung erhalten um 96 abgenommen. Eine noch höhere Abnahme wenn die Zahl der unter verkürzter Arbeitszeit (244) und gefürchtetem Lohn (572) arbeitenden Mitglieder auf, was sehr zu begrüßen ist. Bei den gegenwärtigen Lebensmittelpreisen läuft jeder Vobnauffall doppelt schwer auf den Familien der Arbeiter.

Die für Unterstützungen im Januar ausgeschickten Beiträge sind gegenüber denen vom Dezember bei der Arbeitslosenunterstützung um 3708 Mark und beim Sterbegeld um 1511 Mark niedriger. In Altenunterstützung wurden dagegen 143 Mark und in Familienerstützung 2285 Mark mehr ausgezahlt. Bei der Familienunterstützung ist also allmonatlich mit einer bestimmten Steigerung der Ausgabe zu rechnen, die sich immer der erfolgten weiteren Erhöhung zum Heereidienten anpassen wird. Auf der anderen Seite wird dadurch bewirkt, daß mit

der weiteren Verminderung der Mitgliederzahl die Einnahmen des Verbandes unten.

Der gesamte für Unterstützungen ausgezahlte Betrag ist zwar um 282425 M. niedriger als der vom Dezember. Eine monatliche Ausgabe von 40552 Mark nur für Unterstützung ist in Abetracht der noch vorhandenen Mitglieder immerhin eine respektable Summe. Auch ist zu berücksichtigen, daß mit Beendigung des Krieges noch große Anforderungen an die Verbandsstelle herantreten. Es muß also das Pulver trocken gehalten werden für diesen Zeitpunkt, um billigen Anforderungen entsprechen und den Wiederaufbau der Organisation energisch in die Hand nehmen zu können.

Die Aufnahme über den Stand am 31. Januar erstreckt sich auf 215 Filialen. Für Brandenburg, Gaffenberg, Herford, Orla und Tilsit müßten die Angaben vom 31. Dezember eingesetzt werden, da ein Bericht nicht einging.

Stand unserer Organisation am 31. Januar 1915.

Gau	Mitglieder am Schluß des 31. Jan. II. Cu. 1914	Richt be richtet hab. Zahl Mit glieder	Mit glieder ab nahme	Summ Einge gogene	Angehörige der Einge zogenen	Arbeitslose	der Zahl der Mit glieder, die unter erbeitet sind	Zahl der Mit glieder, die unter arbeiten	Som 1. bis 31. Januar auf Kosten der Hauptstelle ausgezahlte Unterstützungen				Gesamt summe		
									Am Arbeit	An Konfe	In Steuer	An Ge nge wohnen			
Augsburg . .	786 506	— —	116	164	129	262	8	7	84	84	72 75	132 13	125 —	346 — 675 88	
Berlin . . .	9619 6748	— —	*87	2958	2197	3827	63	40	100	100	378 —	201 50	1682 50	492 75 2754 75	
Brandenburg	1022 550	1 45	186	286	250	451	9	6	1	—	58 50	97 35	25 —	1189 75 1370 60	
Bremen . . .	2670 1949	— —	61	661	511	1055	5	2	650	650	59	165 03	175	960 1350 03	
Preßlau . . .	1360 725	— —	60	575	530	1160	42	88	—	—	462 50	150 85	120 —	1733 — 2466 35	
Dresden . . .	3381 2186	— —	189	1006	834	1473	16	11	1	1	192 15	772 54	412 50	2092 — 3469 19	
Düsseldorf . .	2459 1248	1 14	551	669	539	943	4	1	10	13	8 75	140 27	40 —	3738 — 3922 02	
Frankfurt M.	3109 1849	— —	237	1023	819	1657	10	7	—	—	70 —	167 14	290	391 50 918 64	
Hamburg . . .	7075 4692	— —	*5	2388	1374	2715	54	29	—	—	464 75	229 15	960 —	2042 3694 90	
Hannover . . .	1171 793	1 2	66	312	262	524	11	2	—	—	25 —	68 26	92 50	1120 50 1306 26	
Königsberg .	1162 368	1 25	147	647	557	1219	2	1	—	—	6	24 —	30 —	1675 1735 —	
Leipzig . . .	3172 2063	— —	229	880	735	1514	58	45	126	123	830 25	241 71	210	1783 — 3064 96	
Lübeck . . .	1598 1178	— —	7	411	345	733	12	10	180	194	185 75	217 26	—	781 1184 01	
Magdeburg .	1499 1016	— —	29	454	359	652	18	9	25	25	170 75	212 20	172 50	1663 — 2218 45	
Mannheim .	3326 2090	— —	182	1054	767	1781	6	3	19	19	90 75	164 76	252 50	490 998 01	
München . . .	3365 2363	1 48	322	653	511	912	39	35	13	24	696 70	210 70	417 50	708 50 2093 40	
Nürnberg . . .	2618 1222	— —	512	884	733	1603	22	16	406	123	1181 50	117 —	422 50	423 — 2144 —	
Stralsburg .	1909 912	— —	428	569	495	1095	2	1	1	—	5 —	66 30	30 —	442 — 543 30	
Stuttgart . . .	2908 1715	— —	326	867	735	1515	8	3	15	—	44 50	281 24	260	3858 25 4443 99	
Gesamtmittel .	312 161	— —	71	80	27	40	39	4	3	15	33 —	4 50	—	161 50 199 —	
31. Januar .	54522 34333	5 134	3627	16562	12909 24631	423	270	1634	1371	4991 60	3662 89	5717 50	26180 75	40552 74	
31. Dezember	54522 34550	4 184	3618	16054	12494 24070	528	366	1678	1943	5699 83	3519 60	7258 75	23805 75	43374 02	
30. November	54522 35858	8 224	2993	15547	12478 23867	460	310	2012	2192	5900 25	2118 94	5480 50	51	22119 25 35678 04	
31. Oktober .	54522 36229	8 226	2805	15262	12099 23347	462	349	2210	2371	1289 90	2818 52	4786 25	97	80 21188 60	33181 07

* Zunahme.

Kriegsbriebe

Aus dem Schuhengraben bei Souain schreibt uns unterm 5. Februar 1915 Franz Sebald unter anderem:

„Der Krieg ist ein großes Handwerk. Aber man gewöhnt sich an die Schieherei und schaut in Seelentruhe den Einschlägen der feindlichen Artillerie zu. Ja, ich glaube, daß die Sorge der Angehörigen viel drückender und qualender ist; wie sie auf jede Nachricht lauern und sich grämen, wenn eine erwartete Nachricht zu lange ausbleibt. . . .“

Haben wir deutsche Sozialisten, die wir uns Mann für Mann in Reich und Glied stellten, hat unsere Reichstagsfraktion bei der Bewilligung der Kriegskredite richtig gehandelt? Nach den Ausführungen ausländischer Sozialisten und einiger deutscher Wichtigster soll das ein Fehler gewesen sein. Das vermag ich aber trotz reiflicher Überlegung nicht einzusehen. Im Gegenteil! Wir wollten doch das Volk und Vaterland zur höchsten Blüte bringen. Nicht der geringste Zweifel ist in mir darüber, daß wir alles einsetzen müssten, um unserem Volk und unserem Land die Schrecken des Krieges zu ersparen. Noch keinen Mann habe ich gehört, der nicht davon über-

zeugt wäre, daß es auf einen Übersall Deutschlands abgesehen war, und einhellig geht die Meinung der Kameraden dahin, daß die Mobilisierung Deutschlands durchaus nicht zu früh erfolgte. Die vorgeschlagene Verhandlung in London sollte doch nur dazu dienen, dem Dreiverband Zeit zur völligen Vollendung seiner Bereitschaft zu gewähren. Dann hätte ja plötzlich der Vorhang fallen können. Wäre es nicht Sache der englischen und französischen Genossen — die nun Vorwürfe gegen uns erheben — gewesen, diese Intrigen zu verhindern? — Sie taten es nicht — ich mache ihnen auch keinen Vorwurf, denn sie konnten es nicht, sie waren zu schwach. Aber sie, diese ausländischen und ein paar deutsche Genossen, müssen begreifen, daß in dieser Wirren das Heim näher lag als die Hölle, unter Land, unter Volk, unter Familien gegen den Einfall des Feindes gefügt werden mußten. Schweren Herzens lassen wir das Gewitter heraufsteigen, aber nun es einmal schon kommen sollte, gab es keine andere Lösung. Es war unsere Pflicht als Sozialisten, wie wir auch den französischen und englischen Genossen keinen Vorwurf machen dürfen, wenn sie sich an die Seite ihres Landes stellen.“

20
ter
Re-
bun-
sche
531
727
575
511
459
462
460
523
423

588
6475
7060
5003
3835
3919
2202
1864
0490
0626
35—
3496
3401
1845
0801
0340
44—
1330
1399
09—
2724
1402
1894
3107

war,
die
lgle.
nur
nung
jung
chen
elen,
sache
aren
tliche
scher
eigen
sens
dou
icht
Die
Zeite

Wochenbericht vom Krieg

Perl

5. Februar 1915.

Der Knoten löst sich. Weiß ist die Österreich noch leineswegs leicht zu nehmen, aber es liegen aus den letzten Wochen nun doch ziemlich sichere Anzeichen dafür vor, daß es nicht zu einem unentschiedenen Abbruch — und damit zu wahrscheinlichem Wettstreit und baldigem weiteren Weltkrieg! — kommen wird, sondern zu einem Sieg Deutschlands. Russland hat wieder zwei Armeecorps verloren! Zu Litauen und Polen übergeben sind 26.000 Mann nebst viel Material. Und in den erfolgreichen Stämpfen in der Buhowina und in den Karpathen verzeichnet die Österreicher gar 29.000 Gefangene! Rechnet man Tote und Verwundete ein, so ist das ein gewaltiger Schlag für die russische Armee. Es kann auf die Kämpfe in Polen und Galizien nicht ohne Wirkung bleiben. — Aber auch an der Westfront droht's immer stärker. Neben den vielen Einzelereignissen in West aber noch eine wesentliche Änderung der Kämpflinie erfolgt. Mindestens indessen die Tatsache des wachsenden Optimismus in Frankreich mit der bekanntgewordenen Totenziffer von 450.000 — 500.000, so ist die Wissensumming wohl begreiflich. Eine ausgesprochene Friedensneigung (ohne Eroberung Elsass-Lothringens) ist jedoch nirgends getreten, außer dem leider völlig einflusslosen Gewerkschaftsrat von Lyon. — Inzwischen nähert sich der 15. Februar, wo der eigentliche Kampf gegen England beginnen soll. Die amerikanische Antwortnote nimmt energisch gegen eine verbündete Verbündung amerikanischer Sätze (ohne vorherige Unterbindung) Stellung und fandt entschiedene Gegenmaßregeln an. Gleichzeitig ist eine amerikanische Note gegen England abgegangen, wonin vor dem Wissenschein der neutralen Flagge gewarnt wird. Wertvollstes bleibt bei allem, daß Amerika nicht nur seit sechs Monaten die Spaltung des Nordsees gefallen läßt, sondern zu der Massen-Waffentilierung an England Frankreich aus amerikanischen Fabriken kein Wort zu sagen weiß. Zumindest darf ein einzelner Konsul mit Amerika von uns durchaus nicht auf die leichte Schulter genommen werden, wozu bürgerliche Freiheiten genötigt sind. — In der russischen Tuna haben die Minister aus ihrem Herzen keine Mördergrube gemacht und ihrem Eroberungskrieg Weg und Ziel gegeben: Kasan und Konstantinopel. — Japan will Fortsetzung an China! Das kann neue Konstellationen ergeben!

7. Februar. Kämpfe bei La Bassée Nordwestfrankreich, Lille, Rouen und Nordpolen, rechts der Weißsel. — Österreicher dringen in der Buhowina bis an das obere Saueratal vor. — 8. Februar. Russische Angriffe in den Karpathen aufgedrogen. 340 Gefangene, 3 Maidengewehre erbeutet. — Türkische Verbund dringt gegen englische Avantgarde an einer Stelle über den Suezkanal. — 9. Februar. Russischer Ministerpräsident Gorchakoff erklärt in der Tuna, daß das Ziel der russischen Kriegsführung die Eroberung Galiziens und Konstantinopels ist. — 10. Februar. In den Argonnen Vodenplatte. 125 Gefangene, 2 Maidengewehre, 6 Weißtägje erobert. — Russischer Angriff in den Karpathen rechts Weiß zu verhindern. — In der Buhowina weitere Vortreffungen. — Ganz raschere Streiche seitlichen (wolfsrechtswidrig) amerikanischen Tempfer "Washington" im Hafen von Tripoli unter türkische Schwarze Meer nahe in den Strand. — 11. Februar. In mehr Tagenen Kämpfen südlich der austriasiatischen Seen wurden die Männer zum idyllischen Radzun gezwungen; 26.000 Gefangene, 20 Weißtägje, 30 Maidengewehre. — In Nordpolen die Stadt Grolle genommen, einige hundert Gefangene. — Die deutlich überzahlende Ulanerie in der Buhowina ist bis an die Sereth-Pass verändert. — Am Suezkanal ab 2.000 Soldaten gegen den Türken über. — 12. Februar. Französische Angriffe bei Cavaillon zwischen Argonne und Reims nach zweitägigen Kampf abgeschlossen. Französische Verbüste: 478 Gefangene, 200 Tote. Deutsche Verbüste: 100 Tote und Verwundete. — Bei Massiges Argonne weiter 1200 Meter Schuhgräben erobert. — In Süditalien und der Buhowina erreichen die Deutschen und Österreicher die Città di Castello und Terni. Die Zahl der russischen Gefangenen während der deutsch-österreichischen Offensive in der Buhowina und Sudpolen beträgt 29.000! — 13. Februar. Bei Pont à Mousson das Dorf Roffen und seine 3000 erobert, 150 Gefangene. — In den Vogesen die Città di Castello und Città di Sempron genommen; 135 Gefangene. — In den Karpathen wurden drei Höhen und eine Erhöhung siegreich erklungen, 150 Gefangene.

Aus Politik und Volkswirtschaft

Politisches.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte am 2., 3. und 4. Februar eine außerordentliche Sitzung. Neben der Sitzungsnahme zu den kommenden Reichstagsverhandlungen hatte sich die Fraktion besonders mit den Dälen Liebknecht, Ledebour und Südfeld um zu beschäftigen. Wie entnehmen der Arbeitspresse darüber das folgende, wobei am Rande vermerkt sei, daß über solche internen Sitzungen besser vom Fraktionsvorstand berichtet würde wie z. B. im „Correspondenzblatt“ über die Sitzung der Zentralvorstände initiiert durch mehr oder weniger einseitige Einzelberichte: Liebknechts Verhalten bei der Abstimmung am 2. Dezember und seine Erklärung dazu in der Presse wurden entschieden genehmigt. Ein Rechtfertigungsversuch Liebknechts im Vorwärts! fand starke Zustimmung. Ein Antrag Legien, Liebknecht aus der Fraktion auszuschließen, wurde zurückgewiesen, als sich ergab, daß das Organisationsstatut der Partei eine solche Befragung nur dem Parteitag zuerlaubt hat. Doch ließen die Verhandlungen keinen Zweifel, daß die Fraktion jede Einigkeitsgemeinschaft mit Liebknecht ablehnen und seine Verantwortung für sein Treiben tragen will. Dem Genossen Dr. Südfeld war von Ledebour und anderen nachgefragt worden, er sei nach Rumänien gefahren, um dort die Sozialdemokraten zu beeinflussen. Ferner habe er im Auftrage der Regierung mit französischen Kriegsgefangenen darüber verhandelt, daß sie nach Frankreich zurückkehren und dort eine Agitation für die Trennung Frankreichs von England, vielleicht gar einen Aufstandsversuch in Südfrankreich, unternehmen. In Wahrheit wußte sich heraus, daß Südfeld im Auftrage des Roten Kreuzes nach Ungarn zum Besuch einiger Lazarette für deutsche Verwundete und zur Ablieferung von Liebesgaben gefahren war. Dabei hatte ihn nicht die Regierung, aber eine der Regierung nahestehende Seite gerufen, doch einmal mit nach Rumänien zu fahren, um dort aufstärkere Einfluß von Gedanken nach Deutschland zu wirken. Des Weiteren hat die französische Regierung die Erklärungen Liebknechts amlich bei allen französischen Soldaten verbreiten lassen, um diese dadurch in dem Wahns zu erhalten, als würde in Deutschland eine Revolution bevor, und sie auf diese Weise zu größerer Kampfenergie aufzutachsen. Einige Exemplare dieser französischen Kriegsproklamation auf Grund der Liebknechtischen Todesarten waren nun auch in das französische Gefangenennelager in May gelangt und hatten dort zur Folge gehabt, daß sich die französischen Kriegsgefangenen in wachsenden Maße wiedersehlich benahmen, getragen von der Hoffnung, daß die Stunde ihrer Befreiung und des deutschen Zusammenbruches ja nunmehr bald eklagen müsse. Den deutschen Militärbördern wäre es natürlich ein Neues gewesen, durch radikallos kriegerisches Zugreifen diese Widerstandsglättre zu unterdrücken und auszurotten. Sie zog es indessen vor, zunächst zu versuchen, durch sanfte Mittel die Franzosen auf den Weg einer vernünftigen Belebung zu bringen, und bat deshalb Südfeld, den französischen Kriegsgefangenen mitzuteilen, sie möchten sich auf Grund der Liebknechtischen Ausschaffungen keinerlei falschen Hoffnungen hingeben. Auch diesen Auftrag hat Südfeld ungenommen und erfüllt. Es liegt sicherlich im Interesse des deutschen Volkes, daß Petroleum ins Land kommt, und es ist ein Friedenserfolg, die französischen Kriegsgefangenen vor Handlungen zu warnen, die ihnen den schwersten Schaden bringen müßten. Der deutscher Südfelds bestand in beiden Fällen lediglich darin, daß er dem Fraktionsvorstand nicht rechtzeitige Mitteilung gemacht hatte. Die Fraktion hat deshalb daran erinnert, daß ihre oder ihres Vorstandes Genehmigung in solchen Dingen notwendig ist, und daß diese nur gegeben werden soll, wenn die beauftragte Tätigkeit im Interesse des arbeitenden Volles gelegen ist. Da Südfeld von vornherein erklärt hatte, daß ihm nichts fernere gelegen hätte, als den Fraktionsvorstand zu kritisieren, und er nur im Range der Geschäftsführer die Genehmigung nachzuholen unterlassen habe, war der Vorfall erledigt. — Genosse Ledebour hatte diesen Fall und einige andere Meinungsleiten bemüht, um eine längere Debatte mit schweren Anschuldigungen gegen die übrigen Mitglieder des Fraktionsvorstandes zu verhindern und mit einigen, mutig an alle Mitglieder der Fraktion zu verfeindet. Die Fraktion hat festgestellt, daß den Anschuldigungen Ledebours gegen den Fraktionsvorstand jedo auch noch so geringe Berechtigung fehlt, bat von seinem Aussitzen das dem Fraktionsvorstand Memoria genommen und an seiner Stelle den Genossen Höch Hanau in den Vorstand entstand. — Die Fraktion hat sich dann mit sozialpolitischen Fragen beschäftigt sowie die Frage erörtert, mitweile eine Möglichkeit besteht, für die Wiederaufstellung des Friedens in Europa zu arbeiten.

Aus der Praxis der Arbeiterversicherung

Mann die gewerkschaftliche Krankenunterstützung auf die Leistungen der Krankenkasse angerechnet werden? Der Vorschlag in Frage kommt dem § 189 der Versicherungsordnung hörig. Erhält ein Betriebsarzt Krankenfond gütigkeitsmäßig als einer anderen Versicherung, so hat die Krankenkasse ihre Verpflichtung so weit zu tragen, dass die gesamte Niederkunft des Mitgliedes den Tarif-Abmilderungsvertrag sowie zugleich Lohnverzehrsabzug nicht mehr leidet. Da Sonstige kann die Marterung ganz oder teilweise ausgleichen. — Gegen die im ersten Absatz erhaltenen Behauptungen würden sicher die Mitglieder der Gewerkschaften dadurch gehindert, dort ihren Leistungsbereich auf die Krankenunterstützung umgedeutet wurde. Eine gleichlautende Bestimmung wie oben wäre strecken entweder und das ist unerwünschbar, das durch die Tarif-Abmilderungsordnung unserer Kraft gelöst wurde. Die zentralistischen Gewerbe, die damals in Krankenabnahmestellen untergebracht waren, haben auch immer darüber entschieden, dass es nur zulässig ist, dass das Krankenamt der anderen Versicherung bei liegen muss, wenn es angemessen werden soll. Diese Ausführungen datieren allerdings vom 14. November 1914 nicht genau, sondern entstehen, doch die wesentlichen Aussagen darin sind unverändert geblieben. — Eine Steuerung von Beiträgen in der Versicherungswelt, die innerhalb der verschiedenen Käufleute auf verschiedene Gruppen abgestimmt ist, ist ausdrücklich verboten. Der Präsident fragt nun, ob man

Aus den Stadtparlamenten

Münden. Die „eineiige Zinssatzlösung“ fordert: Der Kaufmann darf beliebigen Grundbesitz zur Versteigerung dienen, falls er dem Wild verantwaltender Jagdmeister unter der bestehenden Gefalle, er händicher Lohnarbeiter aufgewiesen ist. Dieses gehen daher, sobald sie in den geltenden Verträgen vereinbart sind, gewährten Bezug im Falle der Arbeitsunfähigkeit oder des Todes durch die Abreiseberechtigung zugetan werden, ohne Rücksicht auf die Dauer der Dienstzeit. Die Vermögenswerte stehen in den Jahren des Erbbesitzes und der drei Erbverbrauchsjahre sowie bei Vermögens- und Darlehenen innerhalb einer 240 Ml. bzw. 72 Ml. für die erlaubte Wirtschaft in der Versteigerungserlöse für den entsprechenden Zeitraum. Grundbesitz in 240 Ml. Die Werte teilen sollen nach den Leistungen werden in der Form: Vermögensgegenstände oder Dienstleistungen in den militärischen Dienstlagen und Pflichten einzuhalten. Diese Verteilung finden Grundbesitz innerhalb eines Jahres oder Bezug auf Grund der Dienstleistungen eingeschränkt. Werke in der Wissenskraften der militärischen Dienstleistungen, bei einem Studenten und der Körperschaften mit Hilfe des Protests bei der Armee formulierte. Dafür wird eine Strafe von 100 bis 200 Ml. verhängt. Bei der Versteigerung werden 240 Ml. an-

Überhaußen, Kreis Ettendorf a. M. Der Name kommt aus dem alten Niederdeutschen und bedeutet "über den Bach". Es liegt auf einer Erhebung im Westen des Kreises Ettendorf, die den Namen "Berg" tragen soll. Die erste urkundliche Erwähnung ist aus dem Jahr 1240. Es handelt sich um eine kleine Siedlung mit etwa 100 Einwohnern, die sich auf Landwirtschaft und Tourismus konzentriert.

Aus unserer Bewegung

Erfurt. In der Mitgliederversammlung am 6. Februar erbatete der Käffnerer der Städtebericht vom 1. Quartal, daß Nachtrag der Hauptstaatsrechnung für Unterhaltungen 75,- M^r geabilligt werden und 30 Kollegen, 20 davon erhalten Familienerstattung. Der Vorsitzende berichtete sodann über die Maßnahmen der Stadtverwaltung und die Versorgung der Einwohnerchaft mit Lebensmitteln. Unter anderem habe die Stadt einen großen Betrieb angestaut, ferner sollen neue Parzellen für Siedlungen des Landes zur Bebauung mit Mariottstein und Gemenen eingerichtet und Verbindung geschaffen werden. Von einigen Kollegen war bei mir worden, an die Stadtverwaltung wegen einer Lohnbeobachtung heranzutreten. Sie begründeten ihr Belehrung mit einem niedrigen Verdienst. Bei den enorm gestiegenen Lebensmittelpreisen -- so kostet ein Pfund Brod jetzt 20 Pf. -- sei mit dem hohen Lohn kaum noch auszukommen. Kollege Preißler ging aber auf diese Angelegenheit ein. Gewiß sei es sehr schwer mit mir in Erfurt gezahlten Löhnern bei den heutigen Lebensmittelkosten durchzukommen, so daß eine Lohnherabsetzung gerechtfertigt werde. Doch unter eingehender Würdigung der gesuchten Verhältnisse empfahl er, ganz von Lohnherabsetzungen Abstand zu nehmen. Er erwähnte aber die Kollegen sind möglich, die Lohnherabsetzung und Strafzusage der Tropasen nur zu berücksichtigen. Am Schluß seie es in Erfurt noch recht schwer. Es würde dann abholen, Verforderungen bis auf weiteres zurückzustellen, bzw. aber auch zum Ausdruck gebracht, daß die Stadtverwaltung gegenüber den Käffnern auch geringend Entgegenkommen gesparte. Weiter wurde gewünscht, daß das jüngste Sparen an der Kasse angebracht werde. Dies ist mir auf die Hand zu reichen. Am Casinotag II berichtet preißler zweitens, bezüglich der Eingezogenen keine Erfüllung eingeschafft werden. Sofern früher bei sogenannten Erinnerungen solche Anklage bestanden, so kann dies jetzt nur noch S. Die Freiheit ist nicht mehr geworden, im Gegenteil! an die Arbeitsstraft werden alle ihre eiserne Anforderungen gefüllt. Trotzdem wird von den Käffnern bestimmt nach Sommergerichten im Versuch verlangt. Eine dieser Anklagen liegt jetzt doch wohl nahe, um die Käffner nicht zu Gebote zu ziehen. Wer wollen jetzt mehrere Verhandlungen haben, erinnert jedoch, daß die maßgebenden Stellen ja mal der Zache anzuhören.

Heilbronn. Bei der Generalsitzung am 31. Januar gab Schleicher Bf 15 den Jahresbericht. Am Anfang wurde eine Ermahnung des Gemeinderats eingereicht, welche Leider durch den Bürgermeister verworfen wurde. Am 1. April wurde die fünfzehnsteundige Sitzung eröffnet bei stürmischer Witterung. Am 1. August redeten erneut ein Senator und zwei Mitglieder der Abgeordnetenversammlung. Der Bürgermeister dankte dem Dr. Erichmann für die Arbeit, die er geleistet habe. Da diese noch $\frac{1}{3}$ ihres Lebens erhalten, das zweite Hälfte lebten wegen des Krieges keine geplante Tätigkeit mehr aus, um Wiederholung der Mollige Stelle nach großer Einsparung zu gestatten. Der Verband mäßigte am 5. Juli einen Wunsch im Bericht im Gesamt und in der kommunalen Ausstellung. Am 1. Februar wurde der Gesamtbetrag eingeholt. Leider diese Rücksicht war unzureichend berücksichtigt. Leider konnten es einige noch nicht im Gesetz Buch machen, daß man die Hollingen imfeld nicht untersuchen sollte und stellten die Abteilung der Bevölkerung am 31. Juli ein Bericht erhielt Mollige Bauer die Worte: Es ist eine eindrückliche Tat am 1. Januar 1915 1249, S. 261. Wie Boringheden wurde Bf 15 , als Statistiker Bauer, die Abschöpftheit Bf 11 , die Bauer Bf 13 und Wehr mit ihm gehabt. Bauerleiter Bf 11 ist sehr dankbar und wünscht einen anderen Namen.

Miel. Am 25. Januar lagte die Knappbevölkerung unterzeichnete einen breiten Raum neben der Befreiung über die hier eingeführte Freiheitsbüfe ein. Es war darum zu erheben, daß und in dieser Bevölkerung mit an der Spitze des deutschen Staates zu wohnen. Es muß aber gefügt werden, daß die Muster nicht erlaubt den großen Teil der laufenden Gewerken in selbst auszuüben. Der Übergang der Befreiungen ist lang viel zu unzweckmäßig übergegangen. Nach einem der Ministerien Abkommen ist das Procedere. Trotz des Streites hat sich der Aufklärungsverein gehoben und betrifft am Ende des Jahres 1858 261. Alle 19 geborenen Menschen sind einige große Beträge für Liebesgaben, so daß der Städter von 16 in Knappbevölkerung ist und der Witter bei jedem machen, so verpflichtet. Um möglichst alle nachdenken Geistreiche im Alt- und mittleren Mittelalter zu haben, wird der Vorstand um zwei Mitglieder vermehrt. Es handelt sich nicht um zwei Mitglieder, die offen konstituiert sind, sondern um zwei Personen, die zusammen entschieden sind. Sie sind durch eine Reihe von Stellen für immer entnommen und sollen jenen zu folgen oben, und bei einem Empfehlung, mit dem Ergebnis einer Wahl bestimmt werden, welche beiden werden zu einer bestimmten Zeit in einem Lande alle in die nächsten Jahren einzutreten.

Rheinheim. Ein großer Gegenstoss am Freitag vor dem 24. Januar gegen Mühlegg und einen kleinen Angriff auf den Feind. Die Rheinarmee und die Befreiungsarmee rückten mit dem 24. Januar durch und besetzten das Land. Am 25. Januar wurde Jodler gegen 4000 Menschen bei einem Sturmeinsatz von der Rheinarmee gefangen genommen. Am 26. Januar wurde ein großer Angriff auf Wülfrath und ein kleinerer auf Münster ausgeführt.

Den auf dem Schlossfeld geplanten bauen. Die finanzielle Lage des Dorfes kann als rechtsschädigend angesehen werden, wobei wird doch dem Hauptheimstande 200 M. zur allgemeinen Wehrdienstunterhaltung zugeteilt, keine Lebendgabentilanzierung für die im Deinde verbliebenen Bortlandmänner von 2 und 3 M. einzuführen. Soendo ist die Wehrdienstunterhaltung erweitert. Bei der Wahl des Amtshauptmanns wurde der bisherige Vorstand erneut gewählt, während die im Deinde verbliebenen Bortlandmänner wieder bestimmt wurden. Der Vorstand besteht nun wie folgt: a) Vorsteher: Stahl, b) Vorsteher: Müller, c) Kassenwärter: Stumpf, d) Schriftführer: Deleiter, e) Kriegsmeister.

Regensburg. Da der neuen „Donau-Po“ werden Wandsche der Ober- und Unterstaatsräte laut, die gleichzeitig auch zu den abgelegten zählen. Der erste Wunsch betrifft die nördlichen Straßenlebäder, die an den Seesäumen hoffen einer Strandanlage wieder eine dreijährige Abreisezeit verlangen. Zweitens verlangen die Dienstbeamten auch deren Arbeitszeitentnahmen während der Wintermonate eine gebundene tägliche Arbeitszeit zu Stelle der bisherigen 10 Stundenarbeitszeit. Dritter wünschen nach Staatsrat Schmäger mit Erfolg erzielt, was im Interesse des gesamten bairischen Arbeitnehmers in Betrachtung nur zu beachten ist. Die jüngste Zobne der bairischen Arbeiter sind unzufrieden, weil sie einen Bereich ihres wiederum durch den neuen Arbeitgeber abgetrennt. Der Wunsch nach höherer Lohnverhandlung ist vorerst gerauscht. Eine Lehrlingsversetzung darf aber nicht durch Veränderung der Arbeitszeit ausgetragen werden. Die Arbeiter müssen schon so viel Sonnenbad nehmen, auf anderer Weise eine Sonnenversetzung aufzuheben. Die Gesetzgebung nutzt Verhandlungen, daß es für diejenigen, die sich zu retten, das in jedem hinsicht zwecklosen Recht nicht mehr erlaubt damit kommt. Diese Voraussetzung bleibt nun bei uns in Betracht bestehen, daß 1919 ein weiterer hoher Beitrag zur Aufrechterhaltung der bairischen Arbeitnehmer in den Staat eingezogen werden sollte. Das ist bei auch die Städteverwaltung angenommen, denn die jüngsten Verhandlungen sind folgende: Wenn untere Transfertaten 3, 5, Lehrlingsverhandlungen 2, 5, 7, 9 statt haben, so kann, weil es uns nun kein Gewinn mehr erzielen und die jüngsten Leistungen der Stadt bedürfen, die sie in vergangenen Jahren mit dem Regierungsmaterial gegenübergestellt haben, so ist es bestimmt, daß die neue Arbeitnehmer in Regensburg der jüngsten Sonnenversetzung den Vorrang entgegenstellt, um anderen dazu Raum zu verschaffen, die die Arbeitnehmer in Regensburg benötigen. Die jüngsten Maßnahmen sind nun endlich erledigt, um einen weiteren Reformen die Arbeitgeber. So ist die Zeit und die Anzahl in den Betriebsräten zwar auf beiden Seiten etwas erhöht, während es eine weitere umfangreiche Anzahl von Beamten zu besetzen ist, so haben wir endlich diese gezwungen die Stadtrat selbst einzurichten. Die Wiederholung der Arbeitnehmer ist nun besser zu handhaben, und viele Sachen lassen sich besser bearbeiten, wenn man sie zusammen mit den anderen

Aus den deutschen Gewerkschaften

Eine Konferenz von Vertretern der Verbandsvorstände und am 2. und 3. Dezember in Berlin statt. Sie haben zuerst den Besuch der vorbestimmten entsendet, wenn befindet die Durchführung der mit der Ersten gescheiterten Bemühungen über die Regierung der Rechte verdeckte während des Krieges und die mit den verschiedenen Regierungen der Räte ausgetragenen Verhandlungen nicht die Platzierung unserer Strengschutzzweigverbänden durch zu langwierige Verhandlungen verhindert werden können, und das der ersten Unzulänglichkeit wurde erwartet bestätigt, daß die geplanten Befreiungsbemühungen nicht aufgehoben, sondern vielmehr durchgeführt werden sollen, und das den Anlaß der zum Heeresamt eingesetzten Finanzbeamten die Hälfte des vor dem Kriegsausbruch entrichteten Betriebssteuern aufzuheben seien. Da zudem die zuständigen Ministerien während des Krieges mehrere der mit den verbündeten Mächten geführten Verhandlungen und getroffenen Vereinbarungen gemacht haben, so daß auch die Beleidigung an den vom preußischen Ministerium des Innern vorgenommenen Erfolgen noch vollzogenbliebe, und der Vertragsminister entsprechend auf Auflösung verständeter Pläne, die es in einem ersten Schritt angeht, zu einem Ende der Regierung hinzugekehrt, hat zuletzt den zuständigen Minister für Ausbildung mit der Bitte, die zugesagten Befreiungsbemühungen des Arbeitsvertragsausschusses für deren weitere Fortführung auf den 1. Januar eines weiteren zweiten Jahres zu gestatten, da der nach der vor dem Kriegsausbruch festgestellten Erlasszeitfrist, die ebenso wie die anderen erlaubten und aufzuhaltenden Einschränkungen der Arbeitserlaubnis aufgegangen waren. Die Bekanntmachung in der Verbandsdelegationsversammlung des zukünftigen Ausschusses der Gewerkschaften mit dem zuständigen Beamten, der offizielle erlaubt, um die ehrliche Bedienung des Arbeitsvertragsausschusses und der zugehörigen Arbeitsaufgaben mit der temporären Gewerkschaftskontrolle funktionieren zu können und dass mit Beendigung des Krieges zu einer anderen politischen Einheit eine neue Arbeitsordnung gewünscht sei, soll, wenn diese letztere von den vier millionen aufzuhaltenden Arbeitnehmern, die die Arbeit aus der Regierungseinstellung für die zugesagte Beleidigung der Arbeitsvertragsausschuss und die anstehenden Aufgaben der zugesetzten Ausschüsse freigemacht haben, mit getrennten Wiederherstellungsmaßnahmen beginnen, sofern es die Verhältnisse sich zu

Frage der Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Fürsorge für die Kriegsverwundeten Stellung. In einem eingehenden Referat wurde über die auf diesem Gebiete seitens verschiedenster Kreise geleisteten Vorarbeiten Aufschluß gegeben und auf die große Bedeutung dieser Frage für die Gewerkschaften hingewiesen. Auch hier nimmt die Beurteilung der Beteiligung der Gewerkschaften an dieser Kürsorge in und Bezugnahme die Generalkommission, in diesem Sinne bei der Reichsregierung, die neuerdings die Leitung dieser Fürsorge in die Hände genommen hat, tätig zu sein. Einigstlich der neuen lichen Reddyvorschlag des Reichsversicherungsamtes, welches die von den Gewerkschaften an deren Mitglieder gezahlte Krankenunter-
stützung auf die Leistungen der Krankenkassen angrenzen ent-
scheidet hat, wurde die Generalkommission erachtet, auf eine andere
weitere gelegte Regelung der Rechtslage einzupiften. Zur Salle
des Reichsverfages dieser Bemühungen werden die Gewerkschaften
zu einer Rücksicht ihrer Sitzungen Stellung nehmen. Durch
den Bildbau der Vorstandskonferenz vom 17. August 1914, wonach
während des Krieges Überleidungen von Mitgliedern aus einer
der Generalkommission angegliederten Gewerkschaft in die andere
nicht stattfinden durften, haben sich Meinungsverschiedenheiten bei
einigen Verbänden wegen der vor Kriegsausbruch geltenden
Vereinbarungen und Widerräufe ergeben. Insbesondere bestanden solche
zwischen den Verbänden der Hütnamer und der Bauarbeiter wegen
der alljährlich im Winter in Stoßhutfabriken beschäftigten Bau-
arbeiter, die früher regelmäßig in den Hütnamerverband über-
traten. Die Konferenz war der Auffassung, daß das Übertreffe-
verbot während des Krieges generell gelten sollte und nicht auf
gebrochen werden könne; doch wurde dem Vorstand des Bauarbeiter
vereines empfohlen, im Salle der Hütnamer die frühere Verein-
barung zu erneudrucken. Die übrigen Verhandlungen verliefen
nichts Ablaufende.

Rundschau

Arbeiten und wirtschaften. Haushaltsmäßig zu wirtschaften, das ist jetzt die wichtigste Aufgabe der Deutschen lieben. Die Truppen im Felde haben ihr Vaterland vor der militärischen Wucht des Feindes zu schützen; wir dagegen haben durch fortwährendes Wirtschaften daran zu sorgen, daß wir wirtschaftlich vor unseren Feinden stehen können. So ist die Wirtschaftlichkeit zu einer vaterländischen Pflicht geworden. Sicher kannte man solche wirtschaftliche Pflichten nie. Man lebte jahrlos in den Tag hinein, wirtschaftete planlos daran und wußte nicht, daß auch damals schon, zur Friedenszeit, eine gesetzte Wirtschaft allgemeine Pflicht im Interesse des Vaterlandes gewesen ist. Wenn wir planlos wirtschafteten, vergeudeten wir plinoes Werte und damit vergeudeten wir jahrlos Menschenkraft. Doch das proletarische Volk für geringen Lohn so lange arbeiten muß, das hat seinen Grund zum großen Teil in dem jahrlosen Wirtschaften, in dem planlos Vergangen wie in dem planlosen Produzieren. Man hat ausgerechnet, daß die durchschnittliche Arbeitszeit für den Menschen bei gutem Lohn täglich nur wenige Stunden vertragen würde, wenn das wirtschaftliche Leben einheitlich organisiert und wenn zweckmäßig konzentriert würde. Wie viele lange Arbeitstunden sind also nichts als ein Opfer, das der einzelne des wirtschaftlichen Planlosigkeit bringt. Arbeiten muß der Mensch täglich mehrere Stunden, nur damit vergeben werden kann. Den Naturgenuss muß er einschränken, die seelische Erbauung, der Zweck des Wirtschaftens. Die geistige Entwicklung, wenn er nicht sonst darauf verzichten muß, nur um der Vergedung dienen zu können, der Vaterschaft. Den schönen Erfolg brachte darum die Madonna zum Wirtschaften, die jetzt im ganzen Lande gegeben wird, wenn sie dem Volke den Sinn für Wirtschaftlichkeit so weckt und fördert, daß auch nach dem Kriege die Wirtschaftlichkeit das Ziel des Strebens wäre, wenn man dann in den weiteren Schichten im persönlichen Leben diese höhere wirtschaftliche Organisation mit einer Macht zu errichten hütete. Das würde einen unendlichen Segen bringen das weltweitste Volk. Aus dem Niveau eines kleinen in hohem Grade würde es gehoben in jene höheren Regionen, die nicht nur die Freizeitarbeit als Lebensinhalt kennen, sondern auch Freizeit den genügenden und Muße für die Pflege des Geistes und der Seele und eine fortwährende Pflege dieser Art gar erhöhen zur jahrlangen Pflicht.

Bauhaltungsbudget eines häblichen Straßenbauarbeiters. Es ist von Wert und verdient zugleich auch Anerkennung, wenn die Kosten sich nur einzahlen und Ausgaben genau Buch führt und die aufgebrachte Zeit der Öffentlichkeit zur Verfügung steht. Auf diese Weise ist es möglich, dass sich auch andere Freie in diese Sache vertreten und vielleicht dann manchmal zu einer Fortsetzung ihrer Anstrengungen kommen. Vor uns liegen die Aufzeichnungen eines Straßenbauarbeiters, der bereits eine Dienstzeit von 14 Jahren hinter sich hat und nun "bald" den Höchstbetrag von 5 Pf. erreichen wird. Der Aufgangschein eines Straßenbau-

arbeiters beträgt pro Tag 1 M., und steigt im fünfmaligen Turnus von 3 zu 3 Jahren um 20 Pf. täglich bis zum Hochlohn von 5 M., der in 15 Jahren erreicht wird. Die Familie des Arbeiters besteht aus Mann, Frau und 7 Kindern, wovon nur 2 ihren Eltern ein bisschen unter die Arme greifen können. Die Wohnung besteht aus zwei Zimmern und Küche und befindet sich an der Peripherie der Stadt. Mit Ausnahme des Mannes, der infolge eines Unfalls 7 Wochen erwerbsunfähig war, blieb die Familie im vergangenen Jahr erfreulicherweise von Krankheit verdonkt, so daß außer gewöhnliche Ausgaben für Arzt und Apotheke nicht erforderlich waren. Die Einnahmen und Ausgaben der Familie stellen sich nun wie folgt: a) Einnahmen: Jahresverdienst des Mannes 1710,70 M., der Frau 380 M., und der erwerbstätigen Kinder 121,98 M.; dazu kam noch ein Vorbetrug von 10 M. vom Jahre 1913, zusammen also eine Einnahme von 2252,68 M. b) Ausgaben: Kaufungsmittel 1010,88 M., für Wohnung 305,80 M., Bezug und Verleihung 61,90 M., für Kleider, Wäsche, Schuhe und deren Reparaturen 303,21 M., Beiträge zur Renten- und Invalidenversicherung 59,28 M., Steuern 18,12 M. (sie wegen der großen Kinderzahl so niedrig), Beiträge zum Verband der Gemeinde und Staatsarbeiter, für die sozialdemokratische Partei und Abonnement der "Münchener Post" zusammen 62,23 M., Ausgaben des Mannes für Freizeit und Mittagspause usw. 102,04 M., für Zigaretten und Tabak 21,68 M., Straßenbahn 50,65 M., Erziehung und Bildung für die Kinder 67,15 M., Vergnügungen 12,35 M., Markt und für sonstiges Käufchen und Haushaltsbedarf, mündliche Spende an den Wohlfahrtsausschuß, Ergänzung der Haushaltungssumme usw.) 117,30 M. Von Wichtigkeit ist, daß das Einkommen des Mannes weit aus geringer wäre, wenn er das ganze Jahr hindurch lediglich nur als Straßenarbeiter beschäftigt gewesen wäre. Der Arbeiter ist den Sommer über jedoch dem städtischen Asphaltwerk zugewiesen und verdient dort infolge der Brandenarbeiten und der notwendigen Nacht- und Überarbeit eben mehr. Nur auf diese Weise erklärt sich das Jahresentommen von 1710,70 M.; außerdem ist in dieser Summe auch noch die Rentenunterstützung des Verbandes mit eingerechnet, die der Mann infolge seiner siebenjährigen Krankheit erhalten hat. Trotz allem wäre es noch nicht gelungen, den Staat ohne Defizit abzufüllen, wenn nicht auch Frau und Kinder zum Unterhalt beigetragen hätten und zudem noch ein Vorbetrug von 10 M. vorhanden gewesen wäre. Die Aufzeichnungen liefern also den Beweis dafür, daß sich mancher Volkswirtschaftler im Gebroch und Zylinder ein anderes Urteil über das Familienleben des Arbeiters eingerichtet hätte, daß von Genußsucht und ähnlichen Phasen keine Rede sein kann und daß auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Verbesserung der Arbeiterklasse richtig weiterzuarbeiten ist. Die Grundlage hierzu ist in der gewerkschaftlichen Organisation gegeben; verbleibt es die Arbeitschaft, sich dieser Errichtungen durch jenen zu unermüdbar zu bedienen, so werden sie und ihre Angehörigen durchaus den größten Erfolg ziehen.

Ein Tag Stubendienst in Feindesland.

Es manche Dag of noch so swor,
So is of mol en goden dor.
Ja schüder juch nu mol son Dag,
Wo ic den Stubendienst hev hatt.
Aren morgens, gegen halbig acht,
Dor kunn ic op, gan; lies mi jacht.
Um muk mi fluk dat hütter anmolen,
Um vor uns Rieger kassef solen.
Ja seu den Ammer op mit Water,
Kiel no mien Taschenregulotter,
Dat leener mi de Tid verstopf,
Denn gegen acht, dor möi se op.
Anwischen hol ic Water ran,
Dormit sic jedes waschen kann.
Dann stell ic Kassef op'n Tisch,
He vüll oppitlich, sien und frisch.
Un wedder kiel ic no mien Aloc,
Verdori jo, se möt jo op!
Opstom! Ward Tid? — op ic
jem to,
Un langiam knüp se rut ut Trob.
Denn seit ic Buck un Tisch heran,
Dormit en jeder sinen kann.
Un hebbe se Kassef drücken, dann
Güst jeder wat to smöden an.
Un mi goht all mit frischem Zinn
No unjern „Arbeitsowies“*) hin.
Als Stubendienst mit frischem Mot
Rüm op un seq ic ut de Bod.
De Tid is dorbi räsch versteelen.

*) Das Gedicht ist von einem Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes geschrieben. Zu der Zeit, da er die Zeilen schrieb, waren er und seine Kameraden außer Gefecht und mußten morgens um 9 Uhr antreten zur Arbeitsteilung.

Hamb. Echo.

Verbandstell

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

In unseren Fernsprechanschlüssen ist eine Änderung eingetreten. Die Anschlüsse sind jetzt die folgenden:

Amt Lüchow 2746 und 2747

Wir bitten, diese Änderung bei Telephongesprächen mit dem Verbandsvorstand zu beachten.

Der Verbandsvorstand.

Eingegangene Schriften und Bücher

„Die Neue Zeit“, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie, erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kiosken zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern liegen jederzeit zur Verfügung.

Totenliste des Verbandes.

Adolf Böhm, Hamburg	Gaziarbeiter	Gustav Kalwak, Lemsdorf	Paternenwärter
† 5. 2. 1915, 50 Jahre alt.		† 12. 2. 1915, 42 Jahre alt.	
W. Glindmeyer, Hamburg	Mechaniker	Gottbold Milau, Berlin	Gaziarbeiter
† 29. 1. 1915, 29 Jahre alt.		† 4. 2. 1914, 46 Jahre alt.	
Albert Kriedemann, Berlin	Parfumeur	Karl Venmann, Breslau	Kräntzler
† 9. 2. 1915, 76 Jahre alt.		† 9. 2. 1915, 46 Jahre alt.	
Jean Legler, Nürnberg	Zollstallmeister	A. Vogt, Mühlhausen i. Th.	Sattler
† 8. 2. 1915, 35 Jahre alt.		† 31. 1. 1915, 59 Jahre alt.	



Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:

Wilhelm Böttcher, Stettin
im Alter von 34 Jahren
in Frankreich gefallen.

Thomas Brann, Nürnberg
am 24. Januar im Alter von
25 Jahren gefallen.

O. Durchdenwold, Heilbronn
im Alter von 24 Jahren
in Russland gefallen.

Bernh. Friedrich, Nürnberg
am 15. Dezember im Alter von
39 Jahren gefallen.

Emil Geißler, Obersdorf
am 24. Januar im Alter von
48 Jahren in Frankreich gefallen.

Jos. Graumann, Ismaning
im Alter von 27 Jahren
in Frankreich gefallen.

Amand. Jacobson, Hamburg
am 16. September im Alter von
23 Jahren im Westen gefallen.

Richard Juralewsky, Berlin
am 9. Januar im Alter von
30 Jahren gefallen.

H. Klein, Königsberg i. Pr.
am 18. November im Alter von
29 Jahren in Polen gefallen.

Ehre ihrem Andenken!

Val. Luhu, Charlottenburg
Gaziarbeiter, im Alter von
35 Jahren gefallen.

Rich. Lindner, Magdeburg
am 10. Februar im Alter von
36 Jahren gefallen.

Adolf Müller, Berlin
am 24. November im Alter von
34 Jahren gefallen.

Josef Winkel, Berlin
am 26. Januar im Alter von
40 Jahren gefallen.

Heinr. Wöhl, Frankfurt a. M.
am 30. Januar im Alter von
30 Jahren in Frankreich gefallen.

Mich. Offenbeck, Nürnberg
am 18. Januar im Alter von
36 Jahren im Lazaretto gestorben.

Erik Rothe, Jüttau
Feuermann, im Alter von
26 Jahren gefallen.

Gottlieb Salewski, Berlin
am 22. Januar im Alter von
41 Jahren gefallen.

August Schnibert, Berlin
am 31. Januar im Alter von
39 Jahren gefallen.